

Kommune

Forum für Politik und Ökonomie

HEFT 10/86:

KOMMUNE-THEMA

Chinesische Kulturrevolution und hiesige Linke

ARNIM VON GLEICH

Überwindung des Machbarkeitswahns durch Naturethik?

WERNER POLSTER

Zwei Wege in die Fabrik 2000. Gedanken zur Zukunft der Arbeit

KURT KRESS

Ausstieg mit Signalwirkung. Fakten und Argumente für den Ausstieg

FERENC MISZLIVETZ

»Wildost-Parties« oder Osteuropäische Impressionen

BRIGITTE SELLACH

Verfolgt und ausgegrenzt — Flüchtlingsfrauen

FRAUENLITERATUR

Feministische Vision. Frauen im Kampf: Persien

WERNER HEULER

Zwischen der kleinen und großen Regenzeit. Tanzania im 25. Jahr der Unabhängigkeit

LITERATUR-EXTRA — 16 SEITEN

Italienische Literatur, L. Gustafsson, D. Lessing, Indien, CSSR, Südafrika

80 Seiten · 6 DM · Jahresabo 66 DM
Erhältlich im BuchhandelProbehefte anfordern bei:
Buchvertrieb Hager,
Postfach 11 11 62 6000 Frankfurt 1Ich möchte ein »Kommune«-Probeheft
kostenlos und unverbindlich

Name

Straße

Ort

St



3. Flexibilisierungskonzepte

Das Flexi-Konzept der Unternehmer knüpft und knüpft an berechtigten Wünschen vieler Beschäftigter, vor allem Frauen, an, mehr Einfluß auf die Lage und Gestaltung ihrer Arbeitszeit zu haben. Die von ihnen angebotenen Flexi-Möglichkeiten orientieren sich jedoch ausschließlich an einer optimalen Ausnutzung von Arbeitskraft und Maschinerie.

Als Antwort auf diese Art von Flexibilisierung hat der Vorstand der IG Metall nun in einem Positionspapier ein eigenes Flexibilisierungskonzept vorgelegt. Anstelle kapitalorientierter Arbeitszeitflexibilisierungen soll mithilfe tariflicher Festschreibungen mit- und selbstbestimmte Gestaltung von Lage und Verteilung der Arbeitszeit durch die Beschäftigten möglich und kontrollierbar werden.

Mit diesem Konzept mit- und selbstbestimmter Arbeitszeiten hat sich die Gewerkschaft erstmals an Diskussionen angelehnt, wie sie innerhalb der GRÜNEN unter anderem im Arbeitszeitgesetzentwurf der Bundestagsfraktion angerissen wurde. Gerade weil vielerorts die Befürchtung laut wird, der IG Metallvorstand könne sich auf ein agreement nach dem Motto: „Gibst du mir die 35-Stundenwoche, geb ich dir den freien Samstag“ einlassen, gilt es festzuhalten, daß die offizielle Linie nachlesbar eine andere ist. 8-Stundentag, Überstundenbegrenzung, Freizeitausgleich und freies Wochenende werden ausdrücklich als Eckpfeiler aufgezählt.

4. Arbeitszeitverkürzung und AL

Neben dem Arbeitszeitkonzept zeigt auch das Mobilisierungskonzept der IG Metall, daß die Gewerkschaft die Humanisierungs- und gesellschaftspolitische Bedeutung weiterer Wochenarbeitszeitverkürzung gegenüber 1984 stärker in den Vordergrund zu rücken versucht. Eine solche Orientierung erschwert nicht nur den faulen Kompromiß: Arbeitszeitverkürzung gegen kapitalorientierte Flexibilisierung, sondern könnte der Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit der IG Metall auch bessere Chancen bieten. Hier bietet sich auch ein Ansatzpunkt für grün-alternative Kräfte, weitergehende, eigene Vorstellungen in die Auseinandersetzung einzubringen.

Der Ausgang eines eventuellen Arbeitskampfes 1987 wird auch davon abhängen, ob es diesmal gelingt, eine über die Gewerkschaften hinausgehende, soziale Bewegung an der Arbeitszeitfrage in Gang zu setzen. Hier könnte die AL in Westberlin eine wichtige Funktion als Mittler zwischen den Gewerkschaften und den sogenannten neuen sozialen Bewegungen übernehmen, wie das bereits ansatzweise im Kampf um die Aussperrungsverstärkung geschehen ist.

Der Skandal um die Neue Heimat wird die Entstehung einer solchen Bewegung zweifellos sehr erschweren. Aber die AL muß hier zwischen der notwendigen scharfen Kritik am Ausverkauf gewerkschaftlicher Grundsätze und den Interessen von Beschäftigten und Mietern und der Unterstützung richtiger gewerkschaftlicher Forderungen unterscheiden. Wenn es gelingt, ohne Anbiederei die richtigen Inhalte weiterzutransportieren, dann wird das nicht nur den Gewerkschaften nutzen, sondern auch der AL, für die lebendige gesellschaftliche Auseinandersetzung lebenswichtig ist.

Rezension

Detlev Schulze

Joachim Hirsch bescheinigt den GRÜNEN in seinem Artikel „Reformpolitik als Durchstaatlichungspolitik“¹ Blauäugigkeit und ein „erstaunliches Maß an theoretischer Unkenntnis“². Die zweifelsohne festzustellenden theoretischen Defizite im Umbauprogramm und auch im von der Pflingst-BV in Hannover beschlossenen Wirtschaftsteil des Wahlprogrammes sind aber wohl weniger auf die Unbedarftheit der jeweiligen Antragsteller zurückzuführen als vielmehr – Hirsch weist selber daraufhin – auf die Einschätzung, mensch würde damit dem „innerparteilichen Kräfteverhältnis Rechnung tragen“³; Unterschiedliche theoretische Ansätze werden in Leerformeln – vermeintlich! – aufgehoben – in der Hoffnung angeblich „praktisch realisierbare Handlungsschritte“⁴ würden schon zum richtigen Ziel führen, wobei übersehen wird, daß dieses Konzept nicht bei neuer Einheit, sondern bei Widersprüchlichkeit endet und überdies die bürgerliche Presse die Diskussion, die wir nicht führen, für uns entscheidet⁵.

Diese Besprechung der *Probleme des Klassenkampfes*⁶ Nr. 57 aus dem Dezember 1984 soll eine Diskussion über die Frage einleiten, ob der Kapitalismus – an noch so soziale und ökologische Zügel gelegt – grundsätzlich von einer krisenhaften Wirtschaftsentwicklung gekennzeichnet ist und deshalb schleunigst abgeschafft gehört, oder ob Globalsteuerung in grün nicht dasselbe in grün ist, wie die Globalsteuerung der SPD.

In dem *Prokla-Heft* werden sechs Beiträge von Paul Mattick, Götz Rohwer/Rainer Künzel/Dirk Ipsen, Jörg Glombowski/Michael Krüger, Alfred Kleinknecht und Rod Coombs zur Theorie über Krisenursachen veröffentlicht⁶.

Paul Mattick über Marx' Krisentheorie

Der Beitrag von Mattick wurde seinem posthum erschienen Buch „Marxism – Last Refuge of the Bourgeoisie“⁷ entnommen. In dem abgedruckten Kapitel faßt er die marx'sche Krisentheorie noch einmal zusammen:

Der Prozeß der Kapitalakkumulation erfolge unter beständiger Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals: konstantes Kapital, Produktionsmittel ersetzen variables Kapital, lebendige Arbeit. Die Verminderung des Anteils des variablen Kapitals erfolge in stärkerem Maße als die mit der Steigerung der Produktivität verbundene Steigerung der Mehrwertrate, der Kapitalkoeffizient wird also als steigend *angenommen*. Das bedeute nun, da die Mehrwertrate der Mehrwert bezogen auf das variable Kapital ist, die Profitrate aber ersteren auf das gesamte Kapital bezieht, daß die Profitrate trotz steigender Mehrwertrate sinke. Die sinkende Profitrate führe nun zum Ausbleiben der Investitionen. In der Krise würde nun das konstante Kapital entwertet (Verkäufe zu ruinösen Preisen, Konkurse etc.). Damit sinke die organische Zusammensetzung des Kapitals wieder, damit eine(n) gleichbleibende(n) Mehrwert(rate) vorausgesetzt steige die Profitrate; es werde wieder investiert usw.

Abschließend befaßt sich Mattick – obwohl „es nicht möglich ist, von den Preis- und Profitrelationen auf die tieferliegenden Wert- und Mehrwertrelationen zu schließen“⁸ – mit Versuchen, empirische Belege für Marx' Theorie zu finden. Die Ergebnisse dieser Versuche „bestätigen Marx' Ableitungen aus der Werttheorie (...) eher, als daß sie ihnen widersprechen“⁹.

**Rohwer / Künzel / Ipsen:
Nicht antizipierte Kosten als Ursachen des Sinkens der Profitrate**

Rohwer, Künzel und Ipsen setzen bei der Annahme von Marx (und Mattick) an, die Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals erfolge im stärkeren Maße als die mit ihr verbundene Steigerung der Mehrwertrate.

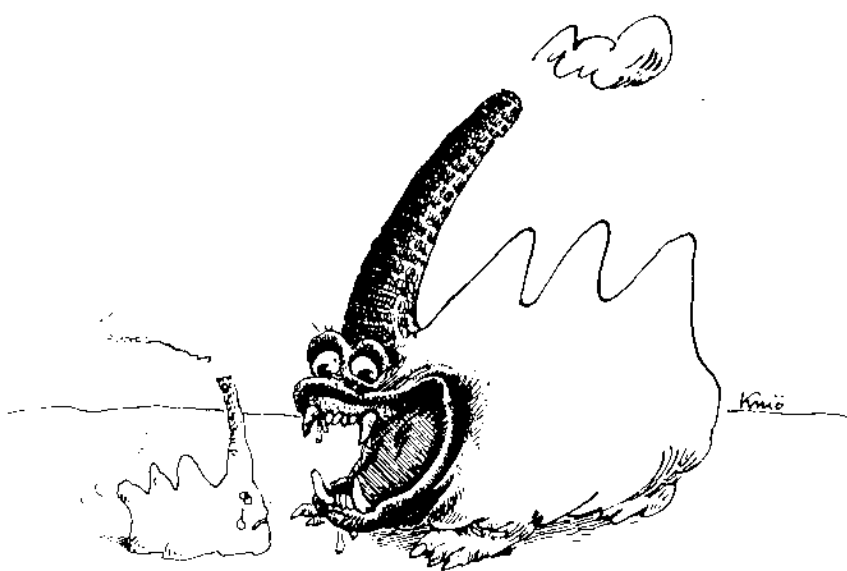
Für diese Annahme findet sich kein Beleg bei Mattick; auch nicht im *Kapital*, in dessen 13. Kapitel des dritten Bandes Marx zwar richtig schreibt: „Vermehrt sich die Produktivität der Industrie, so fällt der Preis der einzelnen Ware. Es ist weniger Arbeit in ihr enthalten (...)“ Da in der Ware „bezahlte und unbezahlte Arbeit“ enthalten ist, „(kann) der Profit *nur einen Teil* dieser in der einzelnen Ware enthaltenen Arbeitsmasse bilden“. Deshalb gilt gerade nicht, was Marx behauptet, daß „die Masse des Profits auf die einzelne Ware abnehmen (*muß*) (aber durchaus *kann*, d.Sch.) und dies auch, innerhalb gewisser Grenzen, wenn die Rate des Mehrwerts steigt“¹⁰ und selbst wenn die *Masse* des Profits sinkt, *muß* die *Rate* des Profits *nicht* sinken, nämlich dann nicht, wenn der Umfang des *gesamten*, also variablen und konstanten, zur Produktion der Ware eingesetzte Kapitals mindestens im gleichen Umfang sinkt.

Als Beleg für ihre gegenteilige Ansicht führen die drei Autoren an, daß kein Kapitalist technische Neuerungen einführen, also die organi-

sche Zusammensetzung des Kapitals steigern würde, wenn diese nicht dem „Kosten-Kriterium“¹¹ genügten, das Marx selbst im ersten Band des *Kapitals* ins Auge gefaßt habe¹². Folge derartiger Investitionen könne nach dem Okishio-Theorem¹³ kein Sinken der Profitrate sein.

Ursache des empirisch festgestellten – Profit-

negativen kumulativen Prozessen zu einer konjunkturellen Krise, so“ ist es „nicht notwendigerweise (aber möglicherweise?! D.Sch.) der Fall“, „daß hierdurch der Kostenanstieg gebrochen und die alte Profitabilität wieder hergestellt wird. Der Grund liegt in dem Charakter der Kosten (...). Ein erheblicher Teil dieser Kosten nimmt die Form von



ratenfalls seien „nicht intendierte Handlungsfolgen“¹⁴. D.h. ursprünglich als profitratensenkend erscheinende Innovationen erweisen sich später als profitratensenkend, weil bei der Kalkulation bestimmte Folgekosten nicht antizipiert wurden. Die Autoren nennen als Beispiele Investitionen, die vorher nicht bestehende Umwelt- oder Arbeitsvorschriften nach sich ziehen.

Bedingung dafür, daß die (Re)internalisierung der Kosten tatsächlich profitratensenkend wirkt, ist allerdings, daß

- einen gleichen Umfang der später zu internalisierenden Kosten vorausgesetzt
- der Zeitraum zwischen Innovation und (zusätzlichem) Kostenanfall immer kleiner wird
- oder umgekehrt

einen gleichbleibenden Zeitraum vorausgesetzt die mit den Innovationen verbundenen zunächst externalisierten Kosten von Mal zu Mal zu steigen bzw.

- der verminderte Einfluß des einen Faktors durch ein um so stärkeres Ins-Gewicht-fallen des anderen mehr als ausgeglichen wird¹⁵

bzw. die (erst) nicht antizipierten Kosten dauerhaft anfallen, sich also von Investition zu Investition addieren.

Die drei Autoren äußern sich nur zu der letzten Möglichkeit: „Führen mangelnde Überwälzungsmöglichkeiten in Verbindung mit

Fixkosten an (...). Der hohe Grad an Unabhängigkeit dieser Kosten vom aktuellen Niveau der Produktion wird unmittelbar sichtbar bei staatlichen Produktionsauflagen¹⁶, staatlich geregelten sozialen Kosten und zahlreichen sogenannten Lohnnebenkosten (...).“¹⁷ Die Kosten fallen also für eine gewisse Zeit an und ihre Höhe ist *nicht notwendigerweise* vom Konjunkturverlauf abhängig. Was aber ist, wenn bestimmte Produktionsverfahren etc. wiederum ersetzt¹⁸ werden, und so auch zumindest Stück für Stück und zu großen Teilen, wenn nicht sogar vollständig die zunächst nicht antizipierten Kosten? Sind die erst externalisierten Kosten des Ersatzverfahrens – ggf. incl. der Restkosten des Verfahrens – *notwendigerweise* höher als die des Vorverfahrens?

**Glombowski / Krüger:
„Profit-Squeeze und Fall der Profitrate als Elemente eines integrierten Überakkumulationsansatzes“**

Jörg Glombowski und Michael Krüger legen in ihrem Aufsatz ein mathematisches Modell vor, das „die kurzfristige Variante des Profit-Squeeze-Ansatzes (PS) derzufolge die Schwankungen der Profitrate und mit ihr der Akkumulationsrate von der (pro-)zyklisch schwankenden Lohnquote bestimmt, sind, und die Variationen der Lohnquote aus den Änderungen des Beschäftigungsgrades resultieren, mit der langfristigen Variante des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate



(TFP) verknüpft. Dies (das TFP, D.Sch.) besagt im wesentlichen, daß im säkularen Trend die Wachstumsrate der Kapitalintensität größer ist als die der Arbeitsproduktivität, so daß der Kapitalkoeffizient als Quotient von Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität steigen und die Profitrate damit sinken muß¹⁸. Aufgrund dieser und der Annahme, daß die Wachstumsrate der Lohnquote eine steigende Funktion des Beschäftigungsgrades sei, kommen die Autoren zu dem Ergebnis, daß „der Akkumulationsprozeß eine zeitlang von der Verteilungsseite her Beschäftigungszyklen (produziert). (...) Je wirksamer (aber, D.Sch.) der Einfluß des steigenden Kapitalkoeffizienten auf die Profitrate, desto geringer werden die periodischen Entlastungsmöglichkeiten durch eine steigende Profitquote. Schließlich dominiert der zunehmende Kapitalkoeffizient die Phasenbewegung so stark, daß von der Verteilungsseite her keine zyklische Aufschwungphase mehr induziert werden kann. Die zyklisch auftretenden Beschäftigungskrisen machen einer kumulativen Stagnation Platz.“²⁰ Dieses Ergebnis veranlaßt Gombrowski und Krüger zu folgender Schlußbemerkung: „Wenn aber Marx'scher technischer

Fortschritt die Profitrate, den Beschäftigungsgrad und die Lohnquote in der sehr langen Frist gegen Null drückt, dann rücken die Fragen ins Zentrum der Überlegungen, ob der Marx'sche technische Fortschritt sinnvollerweise als kapitalismus-adäquater technischer Fortschritt aufgefaßt werden kann und ob eine Beschränkung der Annahme vom steigenden Kapitalkoeffizienten auf eine mittelfristige Entwicklungsrichtung nicht realistischer ist. Es könnte ja in der Tat gut sein, daß eine mittelfristig steigende Tendenz des Kapitalkoeffizienten dann wieder abgelöst wird von einer mittelfristig fallenden Tendenz des Kapitalkoeffizienten. Uns jedenfalls erscheint die Annahme zweifelhaft, daß kapitalistische Ökonomien an der Entwicklungstendenz zugrunde gehen könnten.“²¹ Der letzte Satz liegt wohl einigermaßen daneben, denn, selbst wenn Marx' Annahme zuträfe, hieße das nicht, daß der Kapitalismus an einer metaphysischen „Technikentwicklung“ zugrundegehe, sondern daß er an Zwangsgesetzen der kapitalistischen Ökonomie (Stichwort: Konkurrenzdruck) zugrundegehe - was die Annahme allerdings nicht weniger zweifelhaft macht.

Lesers Briefe

Es ja ätzend!

Bruder Johannes heftet sich die geschlossene Mauer an die Brust. Wer zwei Kinder hat und seine Frau nicht schlägt ist nicht notwendigerweise ein Menschenfreund, auch Himmler hatte Familie. Was schert einen die Familie anderer Leute. Die Bundesgrünen wollen als Tierfreunde natürlich auch mit den Schweinen aus dem Osten Kontakt halten. Ströbele/Schneider finden es nötig, vier Jahre in Bonn zu weilen, weil das so toll lehrreich ist. Außerdem braucht „Mann“ auch die Zeit, um sich Zugang zur Presse zu verschaffen und um herauszufinden, wie „Mann“ den Bonner Apparat am Besten nutzen kann. Nur weil „die“ Euch ein bißchen Mitspielen lassen, glaubt ihr auch Einfluß auf die Spielregeln zu haben.

Nu klar ist der Apparat auf vier Jahre eingestellt. Das war „uns“ doch wohl klar, daß es schwierig ist, im und doch gegen den Apparat zu arbeiten. Deshalb gibt es ein Rotationsprinzip! Und nach vier Jahren Bundestag redet ihr von Sachzwängen. „So“ könnte mensch nicht richtig mitarbeiten. Wollen „wir“ auch gar nicht!

Christian (der Ströbele) hat nach zwei Jahren gelernt, wieso Preise steigen oder fallen. Finde ich echt toll! Die Erkenntnis ist aber nicht so neu (nachzulesen bei einem gewissen Karl Marx; hat ein oder zwei Bücher geschrieben; ich glaube es hieß „Das Kapital“ oder so, weiß ich nicht mehr so genau, weil es schon so lange her ist.)

Lieber Christian, ich bin zwar nicht der Bewunderer einer, aber daß du, wenn du nur zwei Jahre mehr Zeit gehabt hättest, dem militärisch-industriellen Komplex (schon mal gehört?) den entscheidenden Schlag versetzt hättest, glaubst du doch wohl selber nicht.

Meine Kritik: Kein Wort über den Ekel, den mensch empfindet (vielleicht hat „mensch“ in Bonn sowas nicht), wenn er dieses Krawattengesindel trifft, sieht, mit ihm redet oder vielleicht (um das Kotzgefühl auf die Spitze zu treiben) einen von

„denen“ im Fahrstuhl berührt.

Ja, ja! mensch kann nicht dauernd mit diesem Ekel und Haß agitieren. Aber wer vier Jahre in Bonn sitzt, hat meist vergessen, warum er dorthin gegangen ist. Steht den Daily Horror nicht mehr, hat keine Zeit mehr in Kreuzberg mit dem autonomen Punker einen Sechserpack zu schlürfen.

Was soll denn das, wird sich mancher fragen, haben wir doch alles schon tausendmal gehört. Eben! Und schon wieder vergessen.

Das neue Motto:

Wir sind ehrlich und gut. Wir vertreten 20% der Bundesbürger und nur weil die das noch nicht gemerkt haben, kriegen wir nur 7%. Aber ausgestatet mit diesen satten 7% zieht das Häuflein der sieben Aufrechten Richtung Bonn und schafft erst die Raketen, dann die Nato, dann die Bundeswehr und dann die Amerikaner ab. Und wegen der Ausgewogenheit auch noch den Warschauer Pakt.

Und nicht vergessen: der Umweltschutz. Die Bayerns und Hochsts, RWE's und KWU's und den Moloch Deutsche Bank zwingen wir zur ökologisch-biologischen Produktionsweise, den Kapitalismus erledigen wir dann so nebenbei. Brauchen wir höchstens vier Jahre zu. Denn die Wahrheit steht auf unserer Seite.

So! das alles nicht nach dem Motto: Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten! Sondern nach dem Motto: Die SPD ist die Vorhut der Arbeiterklasse: Wenn's drauf ankommt, zieht sie sich zu ruck.

Es ist mir ein dringendes Befürwort, das zu schreiben und zwar genau so!

Wer den Gegner unterschätzt, hat schon verloren. Also seien wir realistisch in der Einschätzung unserer Stärke.

„Back to the roots“ oder „stark die Basis“. Acht Jahre „notwendige“ Bundestagserschaft sind mir ein Greuel.

Werner Protte, Schöneberg

Betr.: Unser Ball – abgehobener Ball – der große Wurf

Liebe ALerinnen, liebe ALer,

ihr wollt doch wohl nicht ernsthaft behaupten, daß ihr über und zu eurem Ball steht? Das ist moralisch? Ja, u.a.. Es geht mir aber mehr um die Wirkung in der Praxis: Solch „bourgeois Getue“ kann unserer politischen Kultur nicht förderlich sein. Das war ein Ball paradox? Daß ich nicht lache. Der Ball unterschied sich durch nichts von anderen Veranstaltungen dieser Art. Wir sind wer, ja? Keine outsider-aussteiger-generation mehr, sondern wir werden gesellschaftsfähig (das bedeutet: anpassungsfähig bis angepaßt). Um das zu beweisen, werfen wir uns in die Schale, hübsche Frauen und hübsche Männer in langweilig schöner Öde, die sich in der unendlichen Leere zweier sich gegenüberstehender Spiegel verlieben. Es lebe der Narzißmus.

Daß wir zunehmend weniger in der Lage sind, uns um gesellschaftspolitische Fragen nach Wegen und Zielen der Veränderung zu streiten, kompensieren wie durch inhaltsleeren small-talk. Die neue Art der Politikverwaltung: Position hier und Positionen dort, bei denen die Durchsetzbarkeit hinten angestellt wird, bzw. sich gar nicht erst als Problem stellt, findet nicht meine Zustimmung. Mir stinkt dieses allseitig verwirklichte Taktieren!

Von der Basis ist nichts zu erwarten: ein großer Teil löst das Problem, indem sie einfach zuhause bleiben. Wie schon gesagt, gestritten wird nicht. Wir sind halt liberal geworden: jede/r darf sein/ ihr Süppchen kochen. Nächstes Jahr gibt's dann wieder ein anderes Fest (???) Ich bin gespannt, wie lange unsere Mühen das aushalten werden. Eine anpaßerische Resignation kann da nicht die Perspektive sein.

Die neue Philosophie ist eben: alles was ist, was machbar ist, wozu wir Lust (?) haben, hat auch seine Berechtigung - wird also gemacht. Da liegt die AI ganz im Trend des Zeitgeistes.

Liebste Grüße
Angelika Burgdorf